

# Der Württembergische

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Garten, Garten- und Landwirtschaft“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-W. Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiser (Karl Jaiser) Nagold

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgzettel oberer Raum 15 S., Familien-Anzeigen 12 S., Reklamezeile 45 S., Sammelanzeigen 50% Ausschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfach No. Stuttgart 1111

Nr. 90

Gegründet 1827

Donnerstag, den 18. April 1929

Fernsprecher Nr. 29

108. Jahrgang

# Der Staatshaushalt im Landtag

Stuttgart, 17. April.

Gestern nachmittag 4.15 Uhr eröffnete Präsident Pflüger die neue Tagung des Landtags. Die Abgeordneten sind vollständig erschienen. Der Präsident widmet den verstorbenen Abgeordneten Dr. Schermann (3.) und Braunger-Leutkirch (3.) Nachrufe.

Ministerialrat Köstlin beantwortete zunächst einige Anfragen. Davon ist hervorzuheben, daß die beteiligten Ministerien die ihnen unterstellten Anstalten erneut angewiesen haben, ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, insbesondere auch an Eiern, in erster Linie aus Württemberg zu decken. — Die Rundfunkleitung übernimmt die Feier der Freiendler-Jugendweihe am 10. März, da sie „überfah“, daß ein Teil der Kinder schon am Sonntag vor dem Landeskonfirmationsfest (dem 17. März d. J.) die Konfirmation feierte. Die Staatsregierung, die in dem kulturellen Beirat vertreten ist, legt Wert darauf, daß bei Uebertragung weltanschaulicher Darbietungen nicht nur der Inhalt eines Vortrags, sondern auch die Zeit der Darbietung auf die berechtigten Gefühle Andersdenkender Rücksicht nimmt. — Wenn Geschäftsleute oder ihre Reisenden Bestellungen in der Art aufsuchen, daß sie außerhalb des Wohnortes und der gewerblichen Niederlassung des Geschäftsinnehmers in vorübergehend gemieteten Räumen, z. B. einer Gast- oder Schankwirtschaft, Wänter oder Proben ausstellen und darauf Bestellungen der Verbraucher entgegennehmen, so stellt das zwar begrifflich kein Wanderlager dar, unterliegt aber doch den gewerbepolizeilichen und steuerrechtlichen Vorschriften, die den Gewerbebetrieb im Inneren regeln. Diese Vorschriften bieten aber keine Handhabe, um derartige Wandergewerbebetriebe in Gast- oder Schankwirtschaften zu verbieten oder zu beschränken, selbst wenn sie ausnahmsweise die Betriebsform des Wanderlagers haben sollten. Am zweckmäßigsten erscheint es, auf eine Fassung der zu erwartenden Verordnung der Titel II und V der Reichsgewerbeordnung hinzuwirken, die die Handhabe gibt, den bisher belasteten Missethätigen mit Erfolg zu begegnen. — Der Reichsminister der Finanzen hat die Finanzämter angewiesen, die Schäden, die der lange und starke Frost unter anderem in Gärtnereibetrieben hervorgerufen hat, durch Stundung oder Nachlaß von Steuern angemessen zu berücksichtigen.

Sodann tritt das Haus in die allgemeine Aussprache über den Staatshaushalt 1929 ein. Das Wort ergreift

### Staatspräsident Dr. Bolz

der ausführt:

Die Regierung hat mit gutem Gewissen die Verantwortung übernommen. Die Unzufriedenheit über die Zusammenfassung der jetzigen Regierung hat in einem Teil der Presse zu den verschiedensten Angriffen geführt. Der Zusammentritt des Landtags ist mit einer sehr lauten Musik begleitet worden. Man las in der Presse von Fortwurfsteinen, von Vandalenpartikularismus, Kulturreaktion, Mangel an Mut, Verfassungswidrigkeit. Die Regierung weicht diesen Vorwürfen nicht aus, sondern sie ist bereit, zu ihnen Stellung zu nehmen.

Was das Verhältnis des Landes zum Reich betrifft, so verwies der Staatspräsident auf seine Stellungnahme als Mitglied der Länderkonferenz. Sein Bemühen war, in der Frage überhaupt einen Fortschritt zu erzielen.

Was die Frage der Eisenbahnabfindung betrifft, so wird Württemberg kein Hinderungsgrund sein, wenn das Reich auf den Vertrags- oder Gesetzgebungsweg die Regelung hinausschieben will. Anders liegt für Württemberg die Frage der Postabfindung, für die nur Bayern und Württemberg in Frage kommen. Eine Nichterfüllung der Vertragspflichten durch das Reich bedeutet eine Benachteiligung einzelner Reichsteile. Hier bestehen wir auf unserem guten Recht. Leider war das Reich auch in den Zeiten, in denen es Geld in Fülle hatte, zu keinen Zugeständnissen bereit.

Man macht uns den Vorwurf, wir seien „in Kulturfragen rückständig“. Zur Begründung wird das 8. Schuljahr und die Lehrerbildungsfrage angezogen. In einer finanziell so ersten Zeit war die Hinausschiebung der Einführung des 8. Schuljahrs verständlich. Wir haben nicht die Absicht, der Durchführung des 8. Schuljahrs weitere Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Die ganze Frage wird im Zusammenhang mit dem kommenden Schulgesetz entschieden werden.

An die Frage der Lehrerbildung muß mit größter Vorsicht herangegangen werden. Diese sachlich sehr umstrittene Frage hat eine starke finanzielle Bedeutung. Im Kultusministerium ist der Entwurf eines Schulgesetzes fertiggestellt. Es ist beabsichtigt, auch die Vollzugsverordnung hierzu auszuarbeiten und sie zusammen mit dem Schulgesetz und den Denkschriften über die Lehrerbildung, das Schulwesen im Dienst der Landwirtschaft, von Handel und Gewerbe dem Landtag vorzulegen. Das wird im Herbst der Fall sein.

Dies zeigt, daß wir nicht vor Entscheidungen von politisch bedeutsamen Fragen zurückschrecken, auch nicht auf anderen Gebieten: so namentlich auf dem Gebiet der Staatsvereinfachung. Die vom Staatsministerium eingesetzte Kommis-

sion hat eine Landesverwaltungsordnung fertiggestellt. Auch die Bearbeitung des materiellen öffentlichen Rechts ist von der Kommission bis auf kleine Teile fertiggestellt.

Im Innenministerium sind wir beschäftigt mit der Vorbereitung der Vollzugsverordnung zur Gemeindeordnung und mit der endgültigen Fertigstellung der Bezirksordnung. Im Justizministerium werden die Ausführungsgesetze zu den Reichsjustizgesetzen neu bearbeitet.

In der Frage der Bezirkseinteilung kann übertriebene Eile mehr schaden als nützen. Ich verweigere nicht, daß sich in meiner eigenen Partei zum Teil scharfe Widerstände gegen den Generalplan geltend machen. Auch eine neue Bezirkseinteilung ist nicht das U und D der Verwaltungsvereinfachung, denn es ist sehr fraglich, ob bei einer Verringerung der Zahl der Oberämter große Einsparungen an Personal gemacht werden können.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Frage des inneren Finanzausgleichs, die Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden. Der neue Etat versucht durch höhere Staatszuwendungen den Amtskörperstaaten und Staatsgemeinden zu helfen, und zwar um insgesamt 4 Millionen Mark. Davon sind 1,3 Mill. Mark Mehrleistungen des Staats auf dem Gebiet der Straßenaufgaben. Auf dem Gebiet der Schullasten sind wir nicht grundsätzlich abgeneigt, einer Verbesserung zugunsten der Gemeinden zuzustimmen. Wir haben im Etat aber nichts darin, weil wir einfach kein Geld haben. Eine andere Regierung kann ja auch nichts anderes machen.

In der Presse wurde weiter behauptet, die Regierung sei überhaupt nicht verfassungsmäßig, weil sie sich noch kein Vertrauensvotum beschafft habe. Diese Behauptung hält der Staatspräsident für falsch. Zwischen dem Inhalt der Reichs- und der Landesverfassung besteht hier kein Unterschied. Wie ist im Reichstag davon ausgegangen worden, daß die Reichsregierung ein positives Vertrauensvotum brauche. Das Vertrauen wurde immer stillschweigend vorausgesetzt, solange nicht Tatsachen das Gegenteil beweisen. Das Parlament muß den Willen zum Ausdruck bringen, daß die Regierung oder ein Minister zurücktreten sollen.

Es ist die Frage erörtert worden, ob die Opposition einen Vertrauensantrag stellen kann, den sie selbst dann ablehnt. Am 20. Juni v. J. haben es die Nationalsozialisten im Reichstag ebenso gemacht. Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Löbe hat damals ausgeführt, daß eine Unwahrscheinlichkeit und eine offensbare Verhöhnung des Reichstags vorliege. Der Antrag wurde aber zugelassen, doch einigen sich alle Parteien darüber, einen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen und anzunehmen.

Es wird weiter behauptet, daß die Landesverfassung anders auszulegen sei als die Reichsverfassung. Dies ist falsch. Beide Verfassungen sind im gleichen Jahr entstanden, sind aus dem gleichen Geist geboren und haben fast vollkommen den gleichen Wortlaut. Die ganze Frage ist wichtig für die Fortbildung des ganzen parlamentarischen Systems. Bei einer anderen Auslegung würde sich bei uns in Deutschland bei den vielen Parteien das parlamentarische System abfolot totlaufen. Die Zulassung von nicht ernstgemeinten Vertrauensanträgen ist unmöglich, nicht wegen der etwaigen Folgen für die württ. Regierung, sondern mit Rücksicht auf die Fortentwicklung des

parlamentarischen Lebens. Die Opposition möge sich dies sehr überlegen. Die Regierung sieht der Entscheidung des Landtags mit voller Ruhe entgegen.

Hierauf leitete

### Finanzminister Dr. Dehlinger

die Beratung mit einer großen Etatsrede ein:

Der Haushaltsplan schließt mit einem ungedeckten Abmangel von 9,9 Millionen. Nach den Anmeldungen der einzelnen Verwaltungen hätte sich der Abmangel auf 31 Millionen belaufen. Eine Steuererhöhung war ausgeschlossen. Folglich mußten alle nicht dringlichen Aufgaben abgedrosselt werden. Durch diese Abdröselung sind die Sachausgaben noch um 10 Millionen hinter den Stand von 1928, nämlich von 114 auf 104 Millionen, zurückgedrängt worden. Trotz alledem wurden noch die Lasten der Gemeinden um vier Millionen erleichtert. Jetzt sind aber nach Ansicht der Regierung im Staatshaushalt keine weiteren Einsparungsmöglichkeiten mehr vorhanden. Auch bei den Einnahmen läßt sich nichts weiteres herausholen. Ein Abmangel in Höhe von 9,9 Millionen ist das äußerste, was noch ohne Steuererhöhung verantwortet werden kann.

Trotz dieses Abmangels ist der württ. Staat im Verhältnis zum Reich und zu anderen Ländern günstiger daran, dank den größeren Ueberschüssen in früheren Jahren. Insgesamt sind 4 Millionen aus dem Rechnungsjahr 1927 zur Verwendung für 1928 verfügbar geworden. Das Rechnungsjahr 1928 wird voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rund 8,5 Millionen abschließen. In einem Nachtrag, der demnächst dem Landtag vorgelegt wird, werden noch einzelne Nachforderungen beantragt werden, die aber den Abmangel nicht wesentlich verändern. Von diesem Abmangel können, wie erwähnt, 4 Millionen abgedeckt werden aus dem Jahr 1927, der Rest von rund 4,7 Mill. aus den Ueberschüssen von 1926. In der Restverwaltung werden dann keinerlei Ueberschüsse mehr zur Verfügung stehen.

Die württ. Staatskasse steht im Verhältnis zum Reich und anderen Ländern ebenfalls günstig da, da der württ. Staat weder dauernde noch schwebende Schulden hat. Nun ist die Regierung durch eine Reihe von Gesetzen ermächtigt worden, zur Deckung bestimmter außerordentlicher Ausgaben Anleihen bis zur Höhe von 33 Millionen aufzunehmen, davon 28 Millionen für Darlehen an die Reichsbahnverwaltung, 5,5 Mill. für Beteiligungen des Staats an der Elektrizitätsversorgung des Landes. Sobald der Anleihemarkt günstig ist, wird die Regierung mit einer Staatsanleihe herauskommen. Sie darf bei dem gesunden Kern der Staatsfinanzen auf guten Kredit und günstige Bedingungen rechnen.

Bezüglich der Gestaltung der Einnahmen im württembergischen Staatshaushalt sind wir von den Maßnahmen des Reichs abhängig. Ueber die Vorgänge im Reich und ihre Auswirkungen auf die Finanzen des württ. Staats läßt sich leider nichts Gutes berichten. Bei den großen Ueberweisungssteuern sind wir ungünstiger daran als früher. Durch die Lohnsteuererhöhung werden uns 4 Millionen entzogen, woran der Staat mit 2% und die Gemeinden mit 1% Millionen beteiligt sind. Diese einseitige Entziehung von Einnahmen ist schon deshalb sachlich begründet, weil durch die Politik des Reichs zwangsläufig auch die Ausgaben von Staat und Gemeinden steigen wie bei der letzten Besoldungsreform. Der Biersteueranteil Württembergs wird erst durch verfassungsänderndes Reichsgesetz oder die weitere Entscheidung des

## Die Genfer Abrüstungs-Komödie

Genf, 17. April. Die beinahe höhnische Ablehnung der Beschwerde des Grafen Bernstorff, die übrigens ziemlich unsicher vorgebracht wurde, durch den Vorbereitenden Ausschuss hat bereits deutlich gezeigt, daß die große Mehrheit des Ausschusses nicht geneigt ist, sein bisheriges Verfahren zu ändern. Litwinow erklärte darauf, daß man den russischen Abrüstungsvorschlag offenbar nur deshalb als ersten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt habe, um ihn leichter ablehnen zu können. Der chinesische Vertreter brachte einen Antrag ein, daß die stehenden Volkshere abgeschafft werden sollen.

Einen überraschenden Vorschlag machte die türkische Abordnung. Danach soll für die praktische Berechnung des Abrüstungsstands bei völliger Gleichberechtigung der Mächte die Stärke derjenigen Streitkräfte zur Grundlage genommen werden, die eine Großmacht zu ihrer berechtigten Verteidigung gegen einen unvorhergesehenen Ueberfall für notwendig erachtet. Alle dieses Maß überschreitenden Streitkräfte sollen als Angriffstruppe bezeichnet und abgebaut werden. (Nach dem Antrag müßten z. B. Frankreich und Italien gleiche Rüstungsstände haben.)

### Eine deutsche Gegen-Denkchrift

Paris, 17. April. In der gestrigen Vollführung der Reparationskonferenz erklärte sich Dr. Schacht bereit,

innerhalb 24 Stunden eine wirtschaftliche Denkschrift vorzulegen, in der auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit Zahlungsvorschläge gemacht werden sollen. Die Zahlungsfähigkeit könne aber nur für das laufende und vielleicht die nächsten Jahre ziffernmäßig ausgedrückt werden, aber nicht für eine längere Reihe von Jahren.

Nach einer Washingtoner Meldung der „Chicago Tribune“ soll die amerikanische Regierung die Anregung Owen Youngs, auf die rückständigen 1400 Millionen Besatzungskosten zu verzichten, abgelehnt haben.

Wer hat denn die Amerikaner und die andern Verbündeten überhaupt geheißen, nach dem Krieg deutsche Gebiete zu besetzen!

Havas will erfahren haben, daß die Sachverständigen mit den Vertretern der an der Regelung interessierten, aber auf der Konferenz nicht vertretenen Mächte Fühlung nehmen würden. Nach dem „Echo de Paris“ soll Südslavien bereits erklärt haben, daß es keine Herabsetzung seiner Ansprüche zulassen würde, die über die von den vier Abordnungen für eigene Rechnung vorgenommenen Opfer hinausgehen würden.

Damit soll selbstverständlich ein Druck auf die deutsche Abordnung ausgeübt werden.

ate Dessins  
ahl billigst  
echt  
Nagold  
or  
lehrer  
Shnen die Tür zu  
asflüchten Erfolgen.  
Lustige Sprachzeit-  
kenntnisse mühelos  
erweitern. Keine  
sondern Humor in  
50 000 begeisterte  
en in Englisch,  
Italienisch, Eipe-  
che. Bestellen Sie  
Ihr für  
1.65  
eben.) Probehefte  
s  
ijer, Nagold.  
1198  
ffeln  
chiger Sorten  
Adlung  
sisch  
nd gründlich, wenn  
mit Beihilfe einer  
zu eignet sich ganz  
edigierte und best-  
eteur  
prachlehr- und  
blatt.  
tenlos durch die  
Nagold oder den  
r in La Chaux-de-  
weiz)  
verkauf  
il mit einem großen  
356)  
in Tübingen und  
ber freundschaft  
den  
Tübingen Tel. 214.  
pflanzen  
schöner  
erkaufen (359  
en, Stat. Eyach  
Nagold.  
Eine 2-Zimmer-  
Wohnung  
hat zu vermieten.  
Ber? sagt die Geschäfts-  
stelle des Bl. 1364  
der Mode?  
ein neues Kleid kaufen...  
t - selber machen.  
denblatt  
Abendkleid selbst zu schne-  
den in jedem Heft. Außerdem:  
den Sie sich die neuesten Hefen  
g Zaiser vorlegen  
ins Haus bringen.

Staatsgerichtshofs festzustellen sein. Die Steuervereinfachung würde in Württemberg zu einer außerordentlichen Lastenverteilung führen, die die gesunde Ordnung der Finanzen in Staat und Gemeinden und das ganze wirtschaftliche Leben erschüttern würden.

Der Minister befaßte sich weiterhin mit der Eisenbahn- und Postabfindung. Die Reichsregierung bewertet den Anspruch Württembergs aus der Post nach privatrechtlichen Aufwertungsgrundsätzen auf 14,5 Millionen, während Württemberg nach dem Staatsvertrag mindestens 67 Millionen zumommen müßten. Früher hatte Württemberg aus der Post 9 Millionen Reinertrag. Jetzt liefert die Reichspost an das Reich 171 Millionen ab, davon würden auf Württemberg nach dem Verhältnis der Bevölkerung 7 Mill. entfallen. Die württ. Regierung lehnt es ab, auf einen Vergleich einzugehen, der dem württ. Staatshaushalt an Zinsen nur einen geringen Bruchteil von dem zahlen will, was das Reich selbst aus dem Unternehmen zieht.

Bezüglich der württ. Steuerpolitik betonte der Minister, daß Staat und Gemeinden in der Hauptsache nur noch Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erheben können, daneben eine Gebäudeerschuldungssteuer, dessen Gesamtaufkommen aber nach Reichsgesetz nicht zu Wohnungszwecken verwendet werden darf. Nach dem Steuervereinfachungsgesetz müßte vom 1. April 1930 ab in Württemberg die Gebäudeerschuldungssteuer auf das Doppelte erhöht werden. Oberstes Ziel jeder Steuerpolitik muß eine Senkung der Steuern sein. Es ist erfindlich, daß auch im Staatshaushalt für 1929 die Senkung der Staatssteuern von Grund-, Gebäude und Gewerbe um 8 Millionen durchgeführt werden konnte. Eine wirkliche Entlastung ist erst möglich, wenn der Versailler Friedensvertrag geändert wird. Notwendig ist vor allem der Kampf gegen die Kriegsschuldfrage.

Bezüglich des internen Lastenausgleichs und des Verhältnisses von Staat und Gemeinden ist besonders zu sagen, daß über die Verteilung der Schullasten vielfach irrige Meinungen bestehen. Die Schullastenverteilung ist in Württemberg für die Gemeinden günstiger als in Preußen. Notleidende Gemeinden werden in Württemberg aus dem Schullastenfonds mit 2,5 Millionen entlastet. Die höhere Belastung der Gemeinden rührt nicht vom Schullastengesetz her, sondern davon, daß die Lehrerbefoldungen seit 1924 von 25 Mill. auf 54 Mill. gestiegen sind. Die Pensionslast der Lehrer trägt der Staat ganz. Die Finanzlage und Leistungsfähigkeit der Gemeinden in Württemberg sind außerordentlich verschieden, in großen Städten ist sie verhältnismäßig günstig, in Stuttgart befindet sich die Finanzwirtschaft nach Angabe des Stadtvorstands „in allerbesten Verfassung“. Am schwierigsten sind die Landgemeinden daran, und deshalb geht auch das Bestreben dahin, ihre Steuerlasten zu erleichtern und gerecht auszugleichen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß keinerlei Anhaltspunkt dafür vorhanden ist, den Abmangel von 9,9 Millionen im Verlauf des Rechnungsjahres auszugleichen. Um so notwendiger ist, daß das Reich die Zinsen und Tilgungsbeiträge für die Abtretung der württ. Post zahlt. Ein Blick in die Zukunft zeigt, daß wir vor einem Wendepunkt in den Staatsfinanzen stehen, denn die Restmittel sind jetzt zu Ende. Wer weitere Ansprüche an den Staat stellt, der hat dann auch die Verantwortung einer Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer oder der Gebäudeerschuldungssteuer auf sich zu nehmen. Der muß sich aber auch darüber klar sein, daß er mit einer Steuererhöhung die Kraft, Selbständigkeit und Lebensfähigkeit des württ. Staates schwächt und die württ. Wirtschaft in dem Wettbewerb mit den anderen Ländern schädigt.

Die Aussprache

Abg. Keil (Soz.) eröffnete in der Sitzung vom Mittwoch die allgemeine Aussprache zum Staatshaushalt. Er wandte sich hauptsächlich gegen die Ablehnung der Regierungsbereitschaft der Sozialdemokratie. Der Etat ist ein getreues Spiegelbild der gegenwärtigen Regierungspolitik und zeigt, daß die ganze Verwaltung stochert. Neu sind nur die 2 Millionen für den Luftschiffbau. Diesen muß auch das Reich unterstützen. Der Neubau der Technischen Hochschule ist im Etat gar nicht erwähnt. In der Heranziehung des Reichspartkommissars liegt ein Bekenntnis des eigenen Unvermögens. Die Regierungsverhältnisse in Württemberg sind unhaltbar. Wenn eine Regierung staatsrechtlich und politisch so umfritten ist wie die gegenwärtige, dann muß die Vertrauensfrage gestellt werden. Das staatliche Leben stinkt in Württemberg. Wenn das Urteil des Staatsgerichtshofs durchgeführt wird, so gestaltet sich die Lage der Regierung noch unsicherer. Die Regierung zeigt kein Verständnis für die Belange der Arbeiterfrage. Ihr Ansehen im Reichsrat sinkt täglich mehr. Das Zentrum ist schuld daran, wenn die Regierung kein Bekenntnis zur Republik ablegt und wenn die Mitarbeit der Sozialdemokratie an der Regierung zurückgewiesen wird. Dadurch wird die Sozialdemokratie gezwungen, den Klassenkampf verschärft zu führen. Das Zentrum habe unter den 17 Mitgliedern seiner Fraktion nur 2 Arbeiter. (Zurufe: Wieviel Arbeiter haben denn Sie in Ihrer soz. Fraktion? Heiterkeit.) Das Zentrum darf nicht glauben, daß es für alle Zeiten die Schlüsselstellung besitzen werde. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist nur durch die Hege des Bauernbunds entstanden. Einen etwaigen Bürgerblock wird die Sozialdemokratie aufs schärfste bekämpfen.

Abg. Dr. W. B. (B.): Dieser Etat zeigt wieder einmal die Wirkungen des Umsturzes. Wir sind bereit, mit den Demokraten eine Regierungsgemeinschaft einzugehen. Dagegen von der Partei des Klassenkampfes und der

Kirchenfeindlichkeit wollen wir nichts wissen. Die Demokratie muß jetzt Farbe bekennen, ob sie eine Freundin des Mittelstandes ist. Eine Regierung von der Rechten bis zu der Demokratie unter Ausschluß der Marxisten würde ein Segen werden für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für alle Wirtschaftskreise. Bei der Reichsreform muß Preußen das Herz von Deutschland bleiben. Die sozialistische Herrschaft in Preußen wird vorübergehen. In der Schullastenverteilung billigen wir die Haltung der Regierung. In Preußen sind die Schulgelder viel höher. Die tatsächlichen Ausgaben im Etat erkennen wir als berechtigt an. Es rächt sich, daß früher für die Hochschule zu wenig getan wurde. Trotz aller Not der Zeit hat die Regierung für die kulturellen Bedürfnisse alles getan, was möglich war. An die Lehrerbildungsfrage muß behutsam herangegangen werden. Eine blühende Landwirtschaft wird stets die beste Abnehmerin für die Industrie sein. Die Förderung der Landwirtschaft liegt

daher im Interesse der Industrie und der Arbeiter. Die Wohnungszwangswirtschaft muß endlich ihrem Ende entgegengeführt werden. Die Sozialfürsorge hat sich mehr zu einem Machtinstrument der soz. Gewerkschaften ausgebildet als zu einer segensreichen Einrichtung für die Arbeiter. Der Regierung sprechen wir volle Anerkennung aus. Besonders danken wir unseren beiden Ministern Bazille und Dehlinger, über die Kübel von Haß ausgeschüttet wurden. Während der Revolution habe ich beim Generalkommando miterlebt, wie die Arbeiter von den Sozialdemokraten verführt worden sind. Wenn ein Mann schweigen muß, so ist es Herr Keil. Der Vorwurf des Landesverrats ist berechtigt gegen eine Partei, die keine Pflichten gegen Land und Volk, sondern nur Pflichten gegen das Proletariat kennt. Da sind mir die Kommunisten schon lieber, die offen und gerade sagen, was sie wollen. Die Rede des Abg. Keil gegen das Zentrum war unflug, denn die Sozialdemokratie hat unter ihren 22 Abgeordneten nicht einen einzigen, der wirklich noch Arbeiter ist, während das Zentrum mindestens zwei hat. (Zuruf links: Wir sind Arbeitervertreter.) Das bin ich auch. Die Annahmen des Abg. Keil muß ich entschieden zurückweisen.

Abg. Volk (Ztr.): Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß die gegenwärtige Regierungspolitik so schwarz gemalt wird. Alle Vorwürfe sind nur saule Eier. Seit das Zentrum in Württemberg die Große und die Weimarer Koalition ablehnt, singt die Opposition nach dem Lied: Es ist alles dunkel, alles trüb, seit mein Schatz einen andern liebt. (Große Heiterkeit.) Bei der Besetzung von Beamtenstellen ist von den Zentrumsministern stets sachlich und nicht parteipolitisch vorgegangen worden. Bei dem 8. Schuljahr macht man aus einer Mücke einen Elefanten. Es war kein Fehler, in der Lehrerbildungsfrage eine abwartende Stellung einzunehmen. Die Erfahrungen anderer Länder waren nicht immer gut. Die Leistungen des württ. Staats auf dem Gebiet des Finanzausgleichs können sich sehen lassen. Trotz der rötlich eingestellten Reichsregierung besteht Gebäudeerschuldungssteuer, die eine einseitige, unerträgliche Belastung ist, immer noch. Die württ. Sozialdemokratie mag eine Walfahrt zum sozialdemokratischen Reichsfinanzminister machen, damit er diese Steuer abbaut. In Württemberg herrschen keineswegs Zustände, die eines Rechtsstaats nicht mehr würdig wären. Für das Streben der Sozialdemokratie nach Teilnahme an der politischen Macht hat das Zentrum volles Verständnis. Das Zentrum ist zu jeder Koalition, auch mit Sozialdemokraten und Kommunisten, wenn sie sich erst bekehrt haben, bereit. Daß die Sozialdemokratie feinerzeit aus der württ. Regierung austrat, war die größte politische Dummheit. Die Gründe für die jetzige Koalition bestehen fort. Erst seit die Opposition herausgefunden habe, daß sie mit einem Mißtrauensvotum die Regierung nicht stürzen kann, fordert sie, daß die Regierung einen Vertrauensantrag stelle. Das ist aber nicht erforderlich.

Stuttgart, 16. April. Die Geschäftslage des Landtags. Landtagspräsident Pflüger hat der Anregung des Staatspräsidenten Dr. Wolf, der Landtag möge bei den kommenden Beratungen sich auf die erste Lesung des Etats beschränken, dadurch Rechnung getragen, daß er die übrigen Beratungsgegenstände, so die zweite Beratung des Gesetzes über das Anwerberecht, von der Tagesordnung abgeholt hat. In dieser Woche findet also nur die allgemeine Aussprache zum Etat statt, die bis Samstag zu Ende geführt wird. In der nächsten Woche beginnt dann der Finanzausgleich mit der Einzelberatung.

Ein Antrag auf Auflösung des Landtags. Die Kommunisten haben im Landtag folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Bälde, spätestens bis Ende Mai, einen Tag zur Neuwahl des Landtags zu bestimmen. Mit diesem Tag gilt der am 20. Mai v. J. gewählte Landtag als aufgelöst.

Neue Nachrichten

Weitere Entlastung des Arbeitsmarkts

Berlin, 17. April. In der Zeit vom 15. bis 31. März ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und in der Sonderfürsorge um rund 440 000 (rund 19 v. H.) zurückgegangen. Ende März standen in Unterstufung bei der Arbeitslosenversicherung 1 456 000, in der Sonderfürsorge 428 000, zusammen 1 885 000 Hauptempfänger. In der Krisenunterstützung hat dagegen die Zahl von 177 000 auf 192 000 zugenommen.

Die preussische Gewerbesteuerfrage abgelehnt

Berlin, 17. April. Der preussische Landtag hat in wiederholter Abstimmung (der Staatsrat hatte gegen die Annahme des Gesetzes Einspruch erhoben) die Vorlage des Gewerbesteuergesetzes mit Einbeziehung der freien Berufe abgelehnt. Infolge des Einspruchs war Zweidrittelmehrheit (266 von 400 abgegebenen Karten) erforderlich. Mit 231 Stimmen 232, mit 167 Abgeordnete. Dafür waren Sozialdemokraten, Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion, die übrigen Regierungsparteien waren gespalten; dagegen stimmten Deutschnationalen, Völkische und Kommunisten.

Rücktritt der thüringischen Regierung

Weimar, 17. April. Die Regierung ist zurückgetreten, weil die zu den Regierungsparteien zählende Wirtschaftspartei die Erhöhung der Mietzinssteuer ablehnt.

Das Urteil im Weidenfleher-Prozess

Jhehe, 17. April. In dem Prozeß gegen die Weidenfleher Bauern, die sich gegen die Pfändung von Vieh wegen rückständiger Steuern aufgelehnt hatten, sprach das Gericht heute das Urteil. Die Angeklagten Heinrich Kock und Albert Kuhl werden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem werden zu je 8 Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und Zahlung einer Geldbuße von 150 Mark 23 Angeklagte verurteilt. Der Angeklagte Hans Jansen wird zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt, an deren Stelle zehn Tage Gefängnis treten würden. 32 Angeklagte werden freigesprochen. Das Gerichtsgebäude war von einer starken Abteilung Schutzpolizei und Gendarmerie bewacht.

Die Schweiz verweigert den sowjetrussischen Handelsdelegierten die Aufenthaltserlaubnis

Bern, 17. April. Das Gesuch des sowjetrussischen Staatsanwältens David Kehler von der Handelsabteilung der

sowjetrussischen Botschaft in Paris zur Verlängerung seines Aufenthalts in der Schweiz ist von den Bundesbehörden abgewiesen worden, weil Kehler sich geweigert hat, die von ihm verlangte schriftliche Zusicherung abzugeben, sich während des beabsichtigten Aufenthalts in der Schweiz jeder politischen Tätigkeit zu enthalten.

Schließung der Universität Oviedo

Madrid, 17. April. Das Amtsblatt veröffentlicht heute eine Verordnung, durch welche die Universität Oviedo geschlossen wird.

Württemberg

Stuttgart, 17. April. Um die Regierungserweiterung. Gestern vormittag verhandelten im Landtag Vertreter der Regierungsparteien (Deutschnationalen und Zentrum) mit den übrigen Landtagsfraktionen, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten, über die Frage der Erweiterung der Regierung mit dem Ziel der Bildung einer Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten. Am Nachmittag berieten die einzelnen Fraktionen unter sich. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

ep. Zusammenkunft des Evang. Landeskirchentags. Nach einer Verordnung des Kirchenpräsidenten ist der Zusammenkunft des Landeskirchentags auf Montag, den 13. Mai bestimmt worden. Gegenstand der Verhandlungen wird insbesondere der Gesetzentwurf über Änderung des Wahlgesetzes sein, in dem die völlige Befreiung der Erbkatholiken durch eine gleichzeitige Wahl der Abgeordneten und ihrer Ersatzmitglieder vorgesehen ist. Für die Wahlen in Stuttgart, das bis jetzt eine einfache Mehrheitswahl in zwei getrennten Bezirken hatte, ist die Einführung der Verhältniswahl vorgeschlagen.

ep. Die erste evang. Theologin, Fräulein Renate Ludwig, ist am 15. April in den Dienst der Landeskirche Württembergs eingetreten. Als Dienstaufgabe für die Theologinnen ist in erster Linie die Erteilung von Religionsunterricht an den Mädchen in Aussicht genommen.

ep. Stuttgarter Jugendgerichtshilfe im Jahr 1928. Wie der „Evangelische Jugenddienst“ bekannt gibt, betrug die Gesamtzahl der Jugendlichen, die die Stuttgarter Jugendgerichtshilfe i. J. 1928 beschäftigt hat, 398 gegen 360 im Vorjahr. Es befinden sich darunter aber 166 Einstellungen gegen 138 im Vorjahr, so daß die Zahl der zur Aburteilung Kommenden sich nur um 10 erhöht hat, nämlich von 222 auf 232. Davon sind 198 männlich und 34 weibliche Jugendliche. Die Arbeit an den Minderjährigen (18—21 Jahre) hat sich etwas ausgedehnt. Es kamen der Jugendgerichtshilfe 116 Fälle zur Kenntnis gegen 77 im Vorjahr. Erschreckend ist die Zunahme der Zuhälterei bei den Minderjährigen. Vereinzelt ist sie sogar schon bei Jugendlichen vorgekommen, während aus früheren Jahren nicht ein einziger solcher Fall der Jugendgerichtshilfe bekannt wurde.

Reichshaushalt und Zeppelinhalle. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen des Haushaltsausschusses des Reichstags über den Kompromiß der Sachverständigen der Parteien ist nun offenbar ein Weg gefunden, der es ermöglicht, die Einparungen für die Luftfahrt herauszuwirtschaften, ohne daß der Zuschuß des Reichs für den Bau der Zeppelinhalle in Friedrichshafen einfach wegfiele.

Fünfte Landesmas- und Schlachtwiehschau. Unter der Schirmherrschaft des Staatspräsidenten Dr. Wolf wird vom 19. bis 22. April in Stuttgart von der württ. Landwirtschaftskammer und der Direktion des Stadt-, Vieh- und Schlachthofs die 5. Landesmas- und Schlachtwiehschau, verbunden mit einer Schau von Fleisch- und Wurstwaren, geschlachtetem Geflügel und Eiern, veranstaltet. Gleichzeitig findet eine Getreideschau und eine Messe für Maschinen, Geräte und andere Bedarfsgegenstände für die Landwirtschaft und das Fleischergewerbe statt.

Freispruch. Im Oktober v. J. war in der Schützenstraße eine fünfköpfige Familie, die Eltern und drei Kinder, infolge von Gasvergiftung tot aufgefunden worden. Man gab die Schuld dem Monteur, weil er den Anschluß eines Gasherdes fehlerhaft gemacht hatte. Dieser Monteur hatte sich nun vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Das Urteil lautete wie in der ersten Instanz auf Freispruch.

Hohengeim, 17. April. Von der Landwirtschaftlichen Hochschule. Der Staatspräsident hat die außerordentliche Professur für Pflanz-, Meteorologie und Klimatologie an der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohengeim dem Privatdozenten Dr. Baß an der Universität Tübingen übertragen und ihm für seine Person die Rechte eines ordentlichen Professors verliehen.

Tübingen, 17. April. Kein Ausbau der Mädchenrealschule. Mit 21 gegen 2 Stimmen hat sich der Gemeinderat gegen den Ausbau der Mädchenrealschule ausgesprochen.

Zwiefaltendorf, Ob. Riedlingen, 17. April. Keine Storchjäger. Zu der Meldung, daß Zwiefaltendorf für Störche eine gefährliche Gegend sei, wird festgestellt, daß die Störche nicht abgeschossen worden sind. Einer davon hatte eine ganze Forelle im Hals stecken und dürfte an dieser erstickt sein. Auch wurden an den anderen keine Schußwunden vorgefunden.

Vom bayer. Allgäu, 17. April. Verschüttet. Der 48 J. a. Tagelöhner Franz Josef Haslach von Bächlingen wurde in einer Kiesgrube durch herabstürzende Erdmassen verschüttet, so daß er ausgegraben werden mußte. Haslach ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen; er hinterläßt eine Frau und 7 Kinder.

Aus Bayern, 17. April. Ein trinkfester Bierführer. Der Bierführer und Brauereiarbeiter Hermann Hager aus Thalling hat während seiner 30jährigen Tätigkeit nachweisbar 240 000 Flaschen Bier getrunken, das sind 1200 Hektoliter oder 15 volle Eisenbahnwagen. Obwohl der Trinkfeste sich noch „bester Gesundheit“ erfreut, möchte man bezweifeln, ob die 240 000 Flaschen Bier den geplagten Körper nicht doch etwas angegriffen haben.

Beuron in Hohenz., 17. April. Raubüberfall. Auf seinem Bestellgang nach Buchheim (Amt Neßkirch) wurde der Landbriefträger Alber von hier in der Nähe des Steighofs von zwei Landstreichern angefallen. Alber konnte sich der Räuber erwehren, erlitt jedoch Verletzungen am Kopf. Auf seine Hilferufe flohen die Täter ohne Beute in Richtung Buchheim.

Die Zah...

In Württemberg wohnen g... Baden, in Gebrechlich... Taubstum... Körperlich... stimmten... aller Geb... lichen, wa... schädigten... Im Ob... liche Blin... und Erta... Gebrechlich... brechtliche... kannten G...

Die K...

des Würt... Dr. von... temberg... sucht, vor... stärksten... gebieten... lands, V... und Neu... drüsen-... gesprochen... heim, Un... gesprochen... den nierge... wöchentliche... ansammlu... gen, den... Abnahme...

Mäh...

Getreidem... zahlreicher... K o j f... vom Ver... Buchumfa... 300 000... Anspruch... ten, aber... mahlen w... weiter na... Gebäuden... von ca. 50... sonstige J... zu beden... Wahlen w... war, die... zu vermach... die Mühle... der Zinsen... stehen. Die... in ca. 14... Milchverka... den.

Neu...

ärztliche... beziehung... Verbesserung... an jungen... einem Ob... O l s h a u... dung erbie... und Obera... 2 1/2 jährige... Klinik in... heiten und... volle Dien... als Assisten... stellt, dem...

Gegen...

den Bran... habe in e... künftig die... an den 5... 11. August... „Heilig... Jarenthro... dem Krieg... samer Bau... einem W... narzie in...

Aut...

Am Sa... gen Parz... 1 Person... 1 Leywa... 1 Wand... 1 Person... Sämtliche... Zusammen... hof zum...

# Aus Stadt und Land

Nagold, den 18. April 1929.

Die Fliege, die nicht geklappt sein will, feht sich am sichersten auf die Klappe selbst. Lichtenberg.

## Die Zahl der Gebrechlichen im Oberamt Nagold

In Württemberg gibt es 36 708 Gebrechliche (23 241 männlich und 13 467 weiblich) oder 142 auf 10 000 Einwohner gegenüber 113 im Reichsdurchschnitt und 123 in Baden. Nach der Art des Gebrechens verteilen sich die Gebrechlichen auf 2009 Blinde (davon 908 weiblich), 2622 Taubstumme und Ertaubte davon 1234 weiblich, 18575 Körperlich-Gebrechliche, davon 4881 weiblich, 11438 Geistig-Gebrechliche, davon 5962 weiblich, und 2064 mit unbestimmten Gebrechens, davon 482 weiblich. Die volle Hälfte aller Gebrechlichen entfällt also auf die Körperlich-Gebrechlichen, was auf die vielen darunter fallenden Kriegsbeschädigten zurückzuführen ist.

Im Oberamt Nagold gab es 13 männliche und 11 weibliche Blinde, 24 männliche und 12 weibliche Taubstumme und Ertaubte, 158 männliche und 57 weibliche Körperlich-Gebrechliche, 35 männliche und 40 weibliche Geistig-Gebrechliche, endlich 4 männliche und 4 weibliche mit unbestimmten Gebrechens.

**Die Kropfbekämpfung in Württemberg.** Auf der Tagung des Württ. Medizinischen Vereins sprach Ministerialrat Dr. von Schuler über die Kropfbekämpfung in Württemberg. Insgesamt wurden 244 442 Schulkinder untersucht, von denen nur 68,65 Prozent kropffrei waren. Am stärksten war die Kropfhäufigkeit in den Buntsandsteingebieten des Schwarzwalds, den Keuper- und Muschelkalkgebieten des Unterlandes und der Jungmoräne des Oberlandes. In den Oberämtern Freudenstadt, Nagold, Calw und Neuenbürg haben 78-86 Prozent Schulkinder Schilddrüsen-Anschwellungen und über 10 Prozent einen ausgeprochenen Kropf. Die Jura-Bezirke Herreshelm, Heidenheim, Ulm, Geislingen, Nürtingen und Balingen sind ausgeprochen kropffarm. Nachteile von der Jod-Abgabe wurden nirgends beobachtet, doch stellten sich bei Wegfall der wöchentlich verabreichten Jodtabletten die Schilddrüsen-Ansammlungen nach wenigen Monaten wieder ein. Die Gegenden, die mit Landeswasser versorgt werden, zeigten eine Abnahme der Kropfsteuere.

**Nüchingen, 17. April.** Zur Generalversammlung der Getreidemühle-Genossenschaft am Sonntag waren neben zahlreichen Mitgliedern, auch die Herren Oekonomierat Knofel-Niederreutin und Oberrevisor Bogensrieder vom Verband landw. Genossenschaften gekommen. Der Buchumsatz in Einnahmen und Ausgaben beträgt über 300 000 M. Die Mühle wurde aber nur in dem Maße in Anspruch genommen, daß sie sich gerade über Wasser halten, aber keinen Geschäftsgewinn verbuchen konnte. Gemahlen wurden 12 000 Zentner Frucht. Die Bilanz ergab weiter nach einem geschätzten Abschrieb von 10 Proz an Gebäuden und 15 Prozent an Maschinen einen Defizit von ca. 5000 M., welches weder durch Betriebsridlage noch sonstige Reserven gedeckt werden kann. Um den Abmangel zu beseitigen, wurde angeregt, den Mähllohn zu erhöhen. Die Wahlen wurden zurückgestellt, da ein Antrag eingegangen war, die Genossenschaft mit der Milchverkaufsgenossenschaft zu verschmelzen; durch das Anwachsen der Mitglieder käme die Mühle, die heute durch Neuanfassungen sehr unter der Zinsenlast zu leiden habe, auf eine breitere Basis zu stehen. Dieser Vorschlag wurde angenommen und in einer in ca. 14 Tagen stattfindenden Generalversammlung der Milchverkaufsgenossenschaft soll hierüber entschieden werden.

**Neuenbürg, 17. April.** Vom Bezirkstranienhaus. Der ärztliche Dienst im Bezirkstranienhaus hat mit der Neubesehung der beiden erledigten Assistenzstellen eine Verbesserung erfahren. In Folge des neuerlichen Mangels an jungen Ärzten wurde eine der Stellen gehoben und mit einem Oberarzt besetzt, in der Person des Herrn Dr. med. O. Schausen aus Hamburg. Seine praktische Ausbildung erhielt dieser in fünfjähriger Tätigkeit als Assistent und Oberarzt im Sanatorium in Schömberg und zuletzt in 2½-jähriger Tätigkeit in der medizinischen Universitätsklinik in Frankfurt a.M. Er ist Facharzt für innere Krankheiten und Lungenkrankheiten und kann als solcher wertvolle Dienste im Krankenhaus leisten. Weiterhin wurde als Assistent Herr Dr. med. M. O. H. r aus Bremen angestellt, dem ebenfalls eine gute Beurteilung zur Seite steht.

## Kleine Nachrichten aus aller Welt

Gegen den 18. Januar. Der preußische Ministerpräsident Braun hat auf eine Anfrage im Landtag erklärt, er habe in einem Erlaß an den Kultminister Becker erucht, künftig die sogenannte Reichsgründungsfeier am 18. Januar an den Hochschulen zu unterbinden und diese Feiern auf den 11. August (Weimarer Verfassung) zu verlegen.

„Heilige Liga“. Großfürst Kniril, der Anwärter auf den Jarenthron, hat die Anregung ergehen lassen, daß alle nach dem Krieg ihrer Throne beraubten Herrscher sich zu gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen und in einem Bund „Heilige Liga“ die Wiederherstellung der Monarchie in Europa anstreben sollen.

# Postbezieher

haltet die Bezugsgebühr für das Nagolder Tagblatt „Der Gesellschafter“ bereit, da der Briefträger in diesen Tagen kommt. Sofortige Einlösung bürgt für ununterbrochene Zustellung der Heimatzeitung.

**Polnisches Einreiseverbot für die Berliner Staatsoper.** Auf Veranlassung der Deutschen Theatergemeinde in Kattowiß (Ostoberschlesien) sollte die Berliner Staatsoper dort einige Vorstellungen geben. Die polnische Behörde hat aber die Einreiseerlaubnis verweigert.

**Zusammenstoß zweier Torpedo-Boote.** Beim Antritt der Spanienreise stießen die beiden deutschen Torpedoboote „Möve“ und „Albatros“ zusammen und erlitten leichte Beschädigungen, so daß sie in den Hafen Wilhelmshaven zurückkehren mußten, um dort wieder instandgesetzt zu werden. Von der Beschädigung ist niemand verletzt worden.

**Ein Eisberg in der Ostsee.** In der Nähe der dänischen Insel Moen (bei Seeland) treibt gegenwärtig in Richtung Rügen ein Eisberg von etwa 5 Kilometer im Geviert. Die Höhe wird mit 12 bis 13 Metern angegeben, da er eineinhalb Meter über die Wasseroberfläche hinausragt.

**Sturm auf dem Atlantischen Meer.** Auf dem Atlantischen Meer herrschten am 16. April schwere Stürme, die an der amerikanischen Küste verschiedentlich erheblichen Schaden verursachten. Im New Yorker Hafen sind einige kleinere Schiffe gesunken und ein Frachtdampfer auf eine Sandbank getrieben worden.

**Schweres Eisenbahnunglück in Belgien.** In Halle (Prov. Brabant) stieß am Mittwoch der Pariser D-Zug mit einem Güterzug zusammen, da der Lokomotivführer das Haltezeichen überfuhr. Die Lokomotive und mehrere Wagen, besonders die Postwagen, wurden schwer beschädigt oder zerstört. Getötet wurden 11 Personen, darunter 5 belgische Postbeamte; verletzt sind soweit bis jetzt bekannt, etwa 30 Personen, darunter vier belgische und ein französischer Postbeamter.

## Sport

**Katzenflugversuche.** In den Raab-Ragensteinschen Flugzeugwerken in Kassel wurden in den letzten Wochen Versuche mit einem Katzenflugzeug gemacht, die mit Erfolg durchgeführt werden konnten. Das Flugzeug wurde geführt von den Inhabern Raab und Ragenstein.

# Letzte Nachrichten

Das deutsche Angebot.

**Paris, 18. April.** Wie die Telegraphen-Union erfährt, beläuft sich die in der deutschen Zeitschrift genannte Höhe der festbleibenden Jahreszahlungen der Kriegsentfädigungen auf 1 650 Millionen. Diese festbleibende Jahreszahlung soll sich auf 37 Jahre erstrecken.

**Verlegung der Sachverständigenkonferenz nach Berlin?**

**Berlin, 18. April.** In der englischen Presse wird behauptet, daß die Sachverständigenkonferenz eine Verlegung nach Berlin in Aussicht genommen habe. Die Nachricht ist nach dem Lokalanzeiger vorläufig nicht bestätigt worden, doch sei immerhin daran zu denken, daß die deutsche Abordnung die übrigen Mitglieder der Konferenz aufgefordert habe, sich an Ort und Stelle von der Zuverlässigkeit ihrer Angaben über die deutsche Leistungsfähigkeit zu überzeugen.

## Drei Ehrentage der evangelischen Kirche

Zur 400jährigen Wiederkehr des Tages der Protektion am 19. April 1529 zu Speyer

Den evangelischen Eltern und Kindern gewidmet von

J. Spanier

Mit einem Geleitwort von Oberkonsistorialrat Henselmann Mit 12 Abb. 1929. Geh. 0,50 RM. Bei Bezug von 50 Stück an 0,45 RM., von 200 Stück an 0,40 RM.

Ihrenanschlag. Speyerer Protektion und Augsburger Konfession werden hier höchst lebendig und anschaulich als Geburtsst. Taufe und Konfirmation der evangelischen Kirche gefeiert. Das reich mit Bildern geschmückte Büchlein gehört in die Hand jedes evangelischen Kindes und empfiehlt sich durch seinen niedrigen Preis zur Massenverteilung an die Jugend

Vorrätig in der

G. W. Zaiser'schen Buchhandlung, Nagold.

überzeugen. Zu dem Inhalt des deutschen Memorandums berichtet der Lokalanzeiger ergänzend, daß als Termin für den Beginn der Lauffrist der deutschen Zahlungen der 1. September 1924 gefordert würde, weil sonst die bisher von Deutschland geleisteten Zahlungen praktisch hinfällig würden. Falls sich dieser Termin nicht ermöglichen lassen sollte, werde der 1. September 1928 vorgeschlagen. Ueber die weiteren Aussichten der Konferenz schreibt das Berliner Tageblatt, eine rein zahlenmäßige Annäherung durch Herabsetzung der einen und Heraushebung der anderen Zahlen erscheine heute wohl nicht mehr möglich. Es müsse eine ganz neue Idee der Reparationsregelung, ein grundverschiedener Plan austauschen, um jetzt noch die erhoffte Einigung zu ermöglichen. Die Konferenz habe noch einmal Zeit gewonnen; ob diese Zeit verwandt sein werde oder nicht, könne heute noch niemand sagen. Die D.M.Z. meint, es scheine nahe zu aussichtslos, eine Brücke zwischen den beiderseits nun eingenommenen Standpunkten zu schlagen.

15 000 Tote in Belgisch-Kongo.

**Berlin, 18. April.** Wie der Lokalanzeiger aus Amsterdam meldet, hat nach amtlichen Mitteilungen die Hungersnot in Belgisch-Kuanda seit Anfang März 15 000 Todesopfer gefordert. Ungefähr 75 000 Eingeborene seien nach Uganda geflüchtet. Infolge der vollkommenen Misere in Kuanda, die durch die Trockenheit im Februar verursacht wurde, seien die weiteren Auswirkungen der Hungersnot noch gar nicht zu übersehen.

## Sendefolge der Südd. Rundfunk A.-G. Stuttgart

Donnerstag, 18. April:

10.30: Schallplattenkonzert. 11.00: Nachrichtendienst. 12.15: Schallplattenkonzert. 12.55: Neuerer Zeitgeheh. 13.00: Wetterbericht, Schallplattenkonzert. 13.45: Nachrichtendienst. 16.00: Vortrag: Holmannswaldau. 16.35: Klassische Operetten. 18.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Landwirtschaftsnachrichten. 18.15: Vortrag: Rom bei Säugbundesfest 1929 in Freiburg. 18.45: Moderne ästhetische Pflanz in aller Welt. 19.15: Vorlesung: Don Quixote am Redar. 20.00: Zeitangabe, Wetterbericht. 20.15: Kammermusikabend. Anschließend: Abend der Gesangs.

**Zast 3 Millionen Rundfunkhörer.** Am 1. April d. J. betrug die Zahl der deutschen Rundfunkhörer 2 887 894; sie hat seit dem 1. Januar um 202 327 zugenommen und die englische Teilnehmerzahl weit überflügelt.

## Handel und Verkehr

1500 Tonnen neue Dollarheine. Das Papiergeldamt in Washington hat in diesen Monaten eine Arbeit zu bewältigen, wie sie in diesem Umfang selbst während der schlimmsten Inflationzeit in Deutschland von keiner einzelnen Banknotenfabrik geleistet worden ist. Vom 1. Juli 1929 ab wird nämlich ein großer Teil der bisherigen unhandlich langen Dollarnoten zum Umtausch gegen neue Dollarheine aufgerufen. Es handelt sich insgesamt um etwa eine Milliarde Dollars. Die neuen Scheine sind etwa um ein Drittel kleiner und leichter als die alten. Durch ein besonders raffiniertes Herstellungsverfahren soll eine Fälschung der Noten, die vielfach vorgekommen ist, angeblich unmöglich gemacht werden. Bis jetzt sind nahezu 900 Millionen Dollars bei Tag- und Nachtarbeit fertiggestellt, die in den Gewölben des Bundesbankamts lagern. Die tägliche Herstellung beträgt 6 Tonnen. Die Gesamttonnage der neuen Scheine wiegt rund 1500 Tonnen (30 000 Zentner).

**Dunkle Herrenschuhe.** Die Erfurter Schuhindustrie ist mit dem Frühjahrsgeschäft wenig zufrieden. In den Wochen vor Ostern wurde mit Arbeitszeiten bis zu 32 und 28 Wochenstunden herunter gearbeitet. Erst kurz vor Ostern hat sich das Geschäft in Herrenschuhen gebessert. Das Geschäft in Damenschuhen wurde hauptsächlich durch die Mode der Lederhülle außerordentlich beeinträchtigt, die mindestens zu 75 Prozent aus dem Ausland kommen. Die Normungsversuche in der Schuhindustrie haben bisher wenig Erfolg gehabt. Besonders in der Damenschuhfabrikation arbeiten die großen Schuhfabriken immer noch mit Hunderten von Modellen. Nun verucht es die Industrie auch mit bunten Herrenschuhen. Die „große Mode“ sind hellfarbige Sommerhülle für Herren mit buntem Ausputz. So sieht man beige- oder hellbraune Herrenhülle mit rosa oder blauem Ausputz oder rote Schuhe mit schwarzen Abfäden, schwarzen Lederpelzen und schwarzen Sohlenabschnitten. Der Handel ist bisher noch zurückhaltend in der Abnahme dieser neuen Modeware, da er nicht sicher ist, ob sie Anklang finden.

**Porzheimer Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: 10 Ochsen, 16 Röh, 50 Rinder, 14 Farren, 14 Kälber, 389 Schweine. Preise: Ochsen 1. 53-55, 2. 47-51, Farren 1. 50, 2. und 3. 48-45, Röh 2. und 3. 38-28, Rinder 1. 56-59, 2. 51-54, Schweine 1. 80, 2. und 3. 78, 4. 74-77, 7. 70-72 M. Marktverkauf: mäßig belebt.

**Viehpreise.** Schwend: Röh 250-500, Rinder und Kalbinnen 300-625, Jungvieh 150-250, M. - Waiblingen: Röh 155-470, Kalb 550-760, Jungrinder 220-350 M d. St.

**Schweinepreise.** Valen: Milchschweine 35-50, - Schwenningen: Milchschweine 42, - Waiblingen: Milchschweine 35-50, Läufer 43 bis 45 M d. St.

**Fruchtpreise.** Valen: Kernen 13, Weizen 13, Roggen 11,60, Gerste 11,80-12, Hafer 11,40-12, Saathäfer 12,60-13,50, Futtererben 14-14,50, - Heidenheim: Kernen 12,65, Weizen 11,50 bis 11,70, - Leutkirch: Korn 11, Weizen 12,50, Roggen 10-13, Gerste 11-13, Hafer 12,50-13,50 M d. Ztr.

## Wetter

Süddeutschland kommt jetzt wieder in den Bereich eines Hochdruckgebietes. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

**Gestorbene:** Katharine Stude, geb. Sattler, 63 Jahre alt, Haslach - Friederike Jüfle, geb. Gaiser, 61 Jahre alt, Mitteltal.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten einschließlich der Beilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“.

**Calw.**  
**Auto-Versteigerung.**  
Am Samstag, den 20. April 1929, kommen gegen Barzahlung zur Versteigerung:  
1 Personenwagen Opel, 10/40 PS, geschlossen  
1 Leywagen, 10/30 PS (Aluminiumkarosserie) für Wehger geeignet,  
1 Wanderer-Personenwagen, offen, 5/15 PS  
1 Personenwagen Opel, offen, 4/16 PS.  
Sämtliche Wagen sind in gutem Zustand. 1388  
Zusammenkunft nachmittags 4 Uhr vor dem Gasthof zum „E a m m“.

Morgen Freitag 1929  
  
frische Seefische  
**Wilhelm Frey**  
Rundfunk-Zeitungen  
Buchhandlung  
**ZAISER**  
Marktstraße

**Am nächsten Donnerstag**  
kommt mein Wagen nach Nagold. Richten Sie bitte rechtzeitig Ihre Wäsche.  
Annahmestelle: **G. Schmid, Nagold, Hailerbachstr. 7.** Fernruf Nr. 99.  
**M A. Marquardt M**  
Schwarzwald-Wäscherei  
Hirsau (Klein-Wildbad)

**Nagold.**  
**Freiwillige Feuerwehr**  
 Am Samstag, den 27. April 1929,  
 abends 8 Uhr findet im Rathaus Waldlust  
 bei Kamerad Frey die  
**Korps-Versammlung**

Katt, bei welcher die restliche M 1.— für jeden Besucher ausbezahlt wird. 1368

**Tages-Ordnung:**

1. Bericht über den Mannschaftsstand
2. Kassenbericht
3. Jahresbericht
4. Festlegung des Übungs-Planes
5. Sonstiges.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

das Kommando.

N. B. Etwaige Anträge müssen 8 Tage vor der Korps-Versammlung beim Kommando eingereicht werden.

**Stadtgemeinde Nagold.**

**Nadelstamm-Holz-Verkauf**



Aus dem Stadtwald kommen am Dienstag, den 23. April 1929, vorm. 11 Uhr, im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

455 Fz, 489 Ta., 33 Fo. mit Fm. Langholz: 3 I., 6 II., 119 III., 166 IV., 138 V., 9 VI. Kl. Sägholz: 1 I., 3 III., 11 IV., 5 V. Kl. Losverzeichnis etc. durch Stadt Forstverwaltung.

1311

Stadt. Forstverwaltung.

**Amtsgericht Nagold.**

**Das Vergleichsverfahren**

zur Anwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma G. Br. Brezina, mechan. Möbelreinerer in Hatterbach und deren Inhaber Jakob und Friedrich Brezina, beide Schriftführer in Hatterbach, ist zur Abfertigung des von den Gläubigern angenommene Vergleichs durch Beschluß vom 12. April 1929 aufgehoben worden. 1385

**Gemeinde Sulz**  
 Oberamt Nagold.

**Holz-Verkauf.**



Am Montag, den 22. April 1929, nachm. 1 Uhr kommen auf dem Rathaus im mündlichen Aufstreich in 14 Losen Fichten und Föhren zum Verkauf

**Langholz**

II.	III.	IV.	V.	VI.	Kl.	Zuf. Fm.
10,81	82,36	90,97	62,39	4,87		251,40

**Sägholz**

I.	II.	III. Klasse	
3,58	19,71	10,34	33,63

Zusammen Fm. 285,03

Losverzeichnis durch Waldmeister Bessler.  
 Am 17. April 1929  
 1381 Schultheißenamt: Senia

**Tapeten**

größte Auswahl moderner Muster.

**Resttapeten**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**L. Grüninger - Nagold**  
 Sattlerei und Tapeziergeschäft

Beste vollfrische

**Allgäuer Landeier**

(Einkreiser)

zum Einlegen und Rohessen sowie täglich frische Allgäuer

**Molkereitafelbutter**

liefert zu günstigen Preisen

**Franz Simon, Waldsee Würtl.**

Eier und Butter en gros

1380

Fernruf 103.

**Im Total-Ausverkauf bei M. Schloss**

kaufen Sie **Sonntags-Anzüge, Sweater-Anzüge, blaue Anzüge, Gipser-Anzüge Sommerjoppen, fast unzerreißbare Werktagshosen** zu enorm billigen Preisen

**Geschäfts-Eröffnung**

Der werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung bringe ich zur Kenntnis, daß ich ab heute meine

**Metzgerei**



wieder betreibe. Mein Bestreben wird sein, meine werte Kundschaft mit erstklassiger Ware auf das reellste zu bedienen.

**Metzger Gänble, Nagold**

**Baugeld**

zu 3% Jahreszinsen für Ihr Eigenheim oder

Hypotheken-Erbschulung durch Gewährung von Abzugs-Hypotheken zu 3% Jahreszinsen erhalten Sie nach angemessener Wartezeit von der „Wirtschaftshilfe“ A.-G. für Verwaltung und Finanzierung Frankfurt a. M.

Vertreter: Architekt Hildenbrand, Neuenbürg. Kostenlose Beratung für Geschäfts-freunde! Mitarbeiter überall gesucht! 1369

**Neuheiten in Frühjahrs- und Sommerhüten**

empfehlen  
**A. Lepple - Putzgeschäft - Nagold**  
 Markt tr. 42

**Bierverkauf**

am morgigen Freitag, vom 1/8 Uhr auf bei Stadtpflege - Kegel in Nagold.

Suche ein der Schule entlassenes od. 1 Jahr älteres

**Mädchen** welches Lieb zu Kindern hat, per sofort oder 1. Mai in kleineren Haushalt. Nähe Nagold, Familienanschluß, gut bes. Bl.

**Torpedo Modell 6 Klein Torpedo-Schreibmaschinen**

das führende Fabrikat Alleinverkauf Büromaschinenhaus

**Adolf Hornberger** Freudenstadt Tel. 270

Spezialfachmann für Reparatur von Schreib- und Rechenmaschinen. Billigste Berechnung

Altenst. Wegen Platzräumung werden 1348

**Schlacken**

so lange Vorrat, zu ermäßigten Preisen abgegeben

**G. Schneider** Tel. 85 - am Bahnhof.

**Wohnhausverkauf!**

Sehe mein in Hochdorf M. Hoch gelegenes Wohnhaus mit Scheuer dem Verkauf aus. Einige schöne Obstst. u. Acker können mit erworben werden. Das Anwesen eignet sich für kleine Landwirtschaft oder Handwerker, da sehr zentral gelegen. (362)

Angebote unter Nr. 362 an die Geschäftsstelle der „Bermita“ Horb a. N.

**Beigholz-Verkauf.**

Am Dienstag, 23. 4., vorm. 10 Uhr in Hirfau im Löwen aus Staatswald 2 Altburgerberg; 3 Kügenhardt: Km. 1 eich. Schtr., 112 Buchene Schtr., 10 Fgl., 47 Klobholz, 11 Anbr.; 5 Nadelholz-Schtr., 21 Fgl. und 275 Anbr. Losverzeichnis von der Forstdirektion G. f. S., Stuttgart.

**Zu Gartenanlagen Drahtgeflechte**

empfehlen vorteilhaft 4- und 6 dtg

**Spann- und Bindedraht**

Krampen und Drahtstifte

Schlösser

Riegel und Bänder aller Art

Echthausen Aug. Kehler

**Nagold. Bestellungen auf la Italiener Eier**

zum Einlegen nimmt entgegen

**M. Kienle** Turmstraße.

**Ersparfette**

doppelschurig für unsere Gegend besonders geeignet

empfehlen billigt **Berg & Schmid.**

**Wiesenheu**

sowie einen Posten schön. Weizenstroh

verkauft **Hermann Müller** Schuhmacher, Neustr. 12

**Megger-Bursche**

Junger kräftiger kann sofort eintreten bei **Megger Müller** Nagold.

**Bestellungen auf Eier**

zum Einlegen Stallener oder Landeier nimmt entgegen

**Wilhelm Frey.**

**Gewerbeverein Nagold.**

Zu dem am Sonntag, den 21. April stattfindenden

**Ausflug nach Böfingen und Egenhausen**

ergeht hiermit freundl. Einladung. Abfahrt mit Auto ab Vorstadt mittags 1 Uhr. Anmeldungen erbeten bis spätestens Freitag abend an Herrn Uhrmachermeister Günther, Bahnhofstr.

Der Vorstand: **Hermann Kapp.**

**Die Musikgesellschaft Nagold**

veranstaltet am Samstag, 20. April abends 8 Uhr im Traubensaal zu Nagold ein

**Konzert**

Mitwirkende: Herr Dr. Anterrieth - Stuttgart: Tenor

Herr Ernst Roth - Nagold: Violine

Am Flügel: Fräulein Hildegard Senne und Herr Rieht - Nagold.

Lieder von Schubert, Brahms, Hugo Wolf und Richard Strauß

Violine: Händel und Mozart.

Klavier: Chopin, Ballade in g-moll.

Eintritt für Mitglieder 50 Pfg., für Nichtmitglieder 1 50 Mk. Programme, welche zum Eintritt berechtigen, im Vorverkauf in den Buchhandlungen Zaiser und Klumpp.

Während der einzelnen Vorträge bleibt der Saal geschlossen! - Pünktliches Erscheinen dringend erwünscht.

Es wird gebeten, an der Garderobe abzulegen!

Zu zahlreichem Besuch wird freundl. eingeladen. **Der Ausschuß.**

**Neubulach-Schönbrunn Hochzeits-Einladung**

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Samstag, den 20. April 1929**

im Gasthaus „Sonne“ in Neubulach stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen

**Albert Koller** Sohn des Gottfried Koller Buchbindermeister in Neubulach

**Marie Kuppß** Tochter des Christian Kuppß Feld- und Waldschütz in Schönbrunn

Kirchgang 1/2 1 Uhr

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegen nehmen zu wollen

**Druckarbeiten**

für Private, Handel Gewerbe, Industrie

in jeder Ausführung liefert **G.W. Zaiser** Nagold

Buchdruckerei, Buchbinderei, Papierhandlung Formular-Lager, Barbedarf-Artikel.

Paris, 18. April 1929  
 Ueberblick über die bereits geleistete Arbeit wurde zunächst teilnehmen wird. In den Paris vier Hauptgläub